

„Teltower Kreisblatt“ erscheint werktäglich, Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einjähr. 20 RM. Postenlohn; durch die Post monatlich RM. 1,00 (einjähr. 21 RM. Postzettelgebühren) zusätzlich 30 Rp. Verlagsgeb. — Bestellungen bei den Postämtern, Briefträgern und unseren Stellen im Kreis.



Angaben lt. Preiskarte 10. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Althofstraße 87. — Fernruf: 22 00 71. Zahlungen: Postkassenzettel Berlin Nr. 210 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Reiches Teltow - G., Berlin W 35. — Geschäfts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow * Amtliche Zeitung des preußischen Landkreises Teltow

Japan vor weitreichenden neuen Entschlüssen Man spricht von Kriegserklärung Japans an China und der Blockade der gesamten Küste

Tokio, 9. Januar.
Die japanische Regierung trat am Sonntag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Unter Billigung der von der Wehrminister-Konferenz am 6. Januar gefassten Beschlüsse und nach gemeinsamer dreistündiger Beratung mit dem Hauptquartier sowie nach einer Aussprache mit dem Wehrminister fasste das Kabinett den Beschluss, „die anti-japanische chinesische Regierung zu beseitigen“.
Am Montag findet ein abschließender Kabinettsrat statt, in dessen Anschließung Fürst Konohe dem Thron Bericht erstatten wird. Man vermutet, daß gegen Ende der Woche das Hauptquartier unter dem Kaiser zusammentreten wird.

„Gesamtobilisierung von Staat, Volk und Wirtschaft“
Tokio, 9. Januar.
Politische Kreise und die Zeitungen beziehen den Plan, der die angeforderte Fortführung und Beendigung des Krieges organisieren soll, als „Gesamtobilisierung von Staat, Volk und Wirtschaft“. Die Einzelheiten des Planes würden vom Planungsamt des Kabinetts ausgearbeitet werden. Neben den kriegswirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen wird weitere Festlegung des Antikomintern-Dreierabkommens besonders erwähnt. Dieses Abkommen solle als Grundlage für eine internationale Bekämpfung der Komintern dienen.

Die gesamte japanische Presse kündigt an, daß in der außerordentlichen Kabinettsitzung am Montag über die Frage entschieden werde, ob zur Erreichung der japanischen Ziele der Krieg an China zu erklären sei.
Die entscheidende Richtung innerhalb des Kabinetts und im Wehrministerium, wozu heute besonders der neue Wehrminister Admiral Suetsugu und General Araki gerechnet werden, scheint nicht nur für die Abgabe einer Kriegserklärung, sondern auch für die Errichtung einer Blockade der gesamten chinesischen Küste und die Sperrung sämtlicher Zufuhrmöglichkeiten einzutreten. Damit würde, so erklärt man in hiesigen politischen Kreisen, die Frage einer Besetzung

Kantons sprichwörtlich werden. Die heutige Entscheidung des Kabinetts wird dem Thron sofort durch den Ministerpräsidenten Fürst Konohe vorgelegt werden.

„Mit allen Mitteln gegen die chinesische Zentralregierung“ (Ostasiendienst des DWB.)

Tokio, 10. Januar.
Der Sprecher des japanischen Wehrministeriums erklärte heute, die japanische Regierung habe sich zu endgültigen Maßnahmen gegen die Zentralregierung entschließen müssen, da alle Bemühungen Japans, mit China zum Frieden zu kommen, anscheinend erfolglos seien. Japan sei, wie bereits wiederholt japanischerseits mitgeteilt worden sei, sowohl zum Friedensschluß als auch zur Fortsetzung der bewaffneten Aktionen vorbereitet. Der Frieden mit Japan sei jedoch nur möglich, wenn China offiziell unter Beweis stelle, daß es keine japanfeindliche Haltung und damit keinen Widerstand aufgeben entschlossen sei. Da aber die chinesische Zentralregierung unter völliger Überdrückung der Volkfront des chinesischen Volkes die Fortsetzung des Widerstandes vorbereite, werde Japan alle Mittel anwenden, um die japanfeindliche chinesische Zentralregierung zu erschlagen, und zwar solange diese Regierung ihren Widerstand aufrechterhalte.

Vor der Abberufung des japanischen Botschafters

Tokio, 9. Januar.
Wie hier bekannt wird, soll am Montag die Abberufung des japanischen Botschafters Kawagoe aus China beschlossen werden. Die Abberufung des Botschafters wird als die japanische Antwort auf die feindselige chinesische Haltung erklärt und steht im Zusammenhang mit der wahrscheinlich demnächst erfolgenden Anerkennung der „Neuen provisorischen Regierung für China“ durch Japan.

Zischgenossenschaft der Nation Der Eintopffontag in Berlin.

Berlin, 9. Januar.
Der erste Eintopffontag des neuen Jahres vereinte das deutsche Volk in diesem Winter zum vierten Male in opferfreudigem Zusammengehen zur großen symbolischen Zischgenossenschaft der Nation. Wieder waren auch in Berlin die 70 000 Helfer und Helferinnen des Winterhilfswerkes von den Morgenstunden an unterwegs, um in den Haushalten die Eintopfpende entgegenzunehmen. Die in allen Teilen der Stadt von der NS-Volkswirtschaftsbehörde durchgeführte öffentliche Eintopffestnahme liefen immer mehr Gassen an sich. Das größte öffentliche Eintopffest fand im Rathaus Charlottenburg statt, das von der Deutschen Apothekerkammer gemeinsam mit der NSD, veranstaltet wurde.

Das Verhältnis Norwegen-Deutschland

„Norges Handels- og Sjøfartstidende“, das Blatt der norwegischen Schifffahrt und Wirtschaft, nimmt in einem beachtenswerten Leitartikel zur Frage des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland Stellung. Den Anlaß zu dem Artikel bilden die Vorwürfe, die von nationalen Kreisen Norwegens seit längerer Zeit gegen den Außenminister gerichtet worden sind, weil er Deutschland gegenüber eine unfreundliche und insbesondere auch in der Form unhöfliche Haltung einnehme. Hierzu erklärt das Blatt ausbrüchlich, es wisse, daß das norwegische Außenministerium wünsche, auch in bezug auf Höflichkeitsbeziehungen gegenüber Deutschland ein normales Verhältnis herzustellen. Eine andere Frage sei aber, wie das zu machen sei. „Es ist möglich“, so fährt das Blatt fort, „daß der Wunsch des Außenministeriums, wieder zu ganz normalen Verhältnissen zurückzukommen, bisher nicht den richtigen Ausdruck in der Handlung gefunden hat. Wir finden, daß man hier soweit wie möglich gehen sollte. Die Sache ist sehr wichtig.“ Das Blatt weist dann auf die große Schwierigkeit hin, die die Agitation gewisser Kreise Norwegens für die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland bedeute, und schließt wahrlich: „Selbst wenn der Außenminister das Nobel-Komitee nicht daran hätte hindern können, Deutschland zu besetzen, und selbst, wenn er nicht die Schreierereien gewisser Wänter über die inneren Verhältnisse befreundeter Nationen verhindern kann, so müßte es diesen auf jeden Fall Märgelhaft werden, welchen Schaden sie ihrem Lande zufügen und welche Schwierigkeiten sie denen bereiten, die unsere außenpolitischen Interessen wahrnehmen sollten.“

Österreichische Legitimisten aus Jugoslawien ausgewiesen

Wien, 9. Januar.
Die österreichische Regierung ist wegen der in den letzten Tagen in Marburg und anderen Orten Jugoslawiens erfolgten Ausweisung zahlreicher österreichischer Staatsbürger mit der Belgrad-Regierung in Fühlung getreten. Die Ausweisungen wurden, wie die „Reichspost“ mitteilt, mit der Begründung vorgenommen, daß die Gemäßigten der Vaterländischen Front angehörten und eine legitime Tätigkeit entfalteten.

Ratten und Raben plagen Paris

Paris, 9. Januar.
Die französische Hauptstadt hat augenblicklich unter einer doppelten Plage zu leiden. Das seit Wochen stillgelegte Weltausstellungsgelände ist zu einem wahren Naturhort geworden. Hunderte von Ratten haben sich dort eingenistet, und wenn die Weltausstellung nicht abgebrochen würde, hätte man bei einer Wiedereröffnung mit zahlreichem Eindringen rechnen müssen, da vielfach schon die Fundamente der Bauten von den Tieren unterhöhlt sind. Eine umfangreiche Rattenjagd hat nur zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Tiere in die umliegenden Wohnviertel flüchteten. Eine besondere Bekörbe hat bereits für jede getötete Ratte eine Prämie ausgesetzt.
Gleichzeitig lebt auch in diesem Winter im Pariser Bois de Boulogne eine Rattenplage an. Der Ratten sind bereits zahlreiche Eingänge zum Opfer gefallen, so daß ein großer Feldzug zur Ausrottung dieser Schädlinge eingeleitet werden mußte.

Fortdauer der erbitterten Schlacht um Teruel Nationale Stellungen in der Innenstadt wurden geräumt

Salamanca, 9. Januar.
Der nationale Heeresbericht meldet: Die Schlacht bei Teruel wurde fortgesetzt. Feindliche Gegenangriffe südlich der Muela-Stellung sind blutig abge schlagen worden. Die Kämpfe in der Innenstadt haben zur Zerstörung vieler Gebäude geführt. Eine unserer Stellungen innerhalb der Stadt mußte aufgegeben werden; 500 voll ausgerüstete Soldaten und 100 Einwohner verließen Teruel und gelangten in unsere Etappe. Eine andere Abteilung der Teruel-Garnison, die lange Zeit hindurch den Bolschewisten heldenhaften Widerstand geleistet hat, mußte Teruel ebenfalls verlassen, da sie in den letzten Tagen nicht mit Wasser versorgt werden konnte. Bei ihr befindet sich auch der Bürgermeister von Teruel, der die Aufgabe von nationalen Stellungen innerhalb Teruels als Folge der mangelnden soldatischen Standhaftigkeit des Abschnittskommandeurs bezeichnete.

Die heißumkämpfte Höhe 1205 von nationalen Legionären erstickt

Salamanca, 8. Januar.
An der Teruel-Front erstickten die nationalen Truppen weitere für ihr Umgebungsgebiet gegen die Bolschewisten wichtige Positionen. Ein erbitterter Kampf spielte sich insbesondere um den Berg der Höhe 1205 ab. Diese wurde von den Bolschewisten wegen der strategischen Bedeutung dieses Frontabschnittes durch kilometerlange Befestigungsanlagen von Drahtstacheln, Gräben und betonierten Unterständen außerordentlich stark ausgebaut. Nach Wurf von 80 Tonnen Bomben durch nationale Geschwader und nach fünfständiger heftigster Artilleriebereinigung gelang es den nationalen Legionären, die von zwei internationalen Brigaden der Bolschewisten besetzte Höhe mit dem Bajonetts zu erobern.
Zur Entlastung dieses Abschnittes versuchten die Bolschewisten, um die nationale Umgebungsoperation zu vereiteln, verzwiefachte Gegenangriffe an anderen Teilen der Teruel-

Front. Sämtliche Vorstöße brachen jedoch im Abwehrfeuer der Truppen Francos zusammen.
Aus Aussagen von Gefangenen und aus den Drohungen bolschewistischer Oberhäuptlinge, daß alle Unterhäuptlinge, die ihre Stellung nicht bis zum letzten Mann verteidigten, standrechtlich erschossen würden, läßt sich ermaßen, welchen Wert die Bolschewisten den Kämpfen um Teruel beimessen. Ihre dortigen Bestellungen gelten als bedeutend härter als der einst so berüchtigte rote Gürtel um Bilbao.

Wieder 7 Sowjetfunktionäre umgelegt

Warschau, 9. Januar.
Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, hat das Oberste Gericht der Karelistischen Sowjetrepublik neun Bezirksleiter wegen „Schädlingsarbeit“ zum Tode durch Erschießen verurteilt. Bei zweien wurde die Todesstrafe in eine Zwölfjährige Haftstrafe umgewandelt. Die übrigen sieben wurden bereits hingerichtet.

Weitere zehn „Schädlinge“ erschossen

Moskau, 9. Januar.
Im fernöstlichen Sowjetgebiet fand im Bezirk Archa ein Sabotageprozeß gegen Angestellte einer Viehzuchtfarm statt, bei dem ein Angeklagter zum Tode und fünf zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden. „Im Gebiet Nowosibirsk wurden zwei Bauern wegen „Schädlingsarbeit“ erschossen, zwei weitere zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.“ Im Bezirk Dionez (Karelien) sind sieben karelistische Bauern wegen angeblicher Sabotageakte hingerichtet worden. — 20 Personen, namentlich Funktionäre der Landwirtschaftsverwaltung des Wolgarebietes, stehen in Samara wegen angeblicher Sabotage der Viehzucht vor Gericht. Die Zeitung „Wolostaja Kommuna“ fordert die Erschießung aller 20 Angeklagten.
Wie der „Matin“ aus Kopenhagen meldet, soll der kommunistische Abgeordnete des dänischen Reichstages, Arre Lund-Beterken, in Sowjetrußland spurlos verschwunden sein. Auf Anfrage vor seinen Freunden hätten die zuständigen Behörden in Moskau eine Erklärung verweigert.